

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	21
I. Aktualität des außenwirtschaftsrechtlichen Themas .....	21
II. Kern der Arbeit .....	21
III. Berechtigung der Untersuchung .....	24
IV. Modernes Strafrecht als Präventionsstrafrecht .....	25
V. Gang der Untersuchung .....	27

## *Kapitel 1*

<b>Überblick über das Außenwirtschaftsstrafrecht</b> .....	28
A. Begriff und allgemeine Bedeutung des Außenwirtschaftsstrafrechts .....	28
B. Aktuelle Ausgestaltung des Außenwirtschaftsstrafrechts .....	30
I. AWG-Reform 2013 .....	30
II. Die Strafvorschriften des AWG als Blanketttatbestände .....	32
III. Exkurs: Bestimmtheit .....	34
IV. Die Strafvorschriften des AWG im Überblick .....	35
1. Grundsätzliches .....	35
2. Verwaltungsakzessorietät: Genehmigungsabhängige Normen .....	35
3. Unionsrechtsakzessorietät .....	37
4. § 17 AWG: Verstöße gegen nationale Waffenembargos .....	39
5. § 18 AWG: sonstige Verstöße gegen das Außenwirtschaftsrecht .....	43
a) Absatz 1: Verstöße gegen unmittelbar geltende EU-Rechtsakte und gegen Genehmigungserfordernisse eines EU-Rechtsakts .....	43
b) Abs. 1a: Verstöße gegen eine vollziehbare Anordnung durch Einzeleingriff .....	45
c) Abs. 1b: Verstöße gegen Handlungsverbote bei Investitionsprüfung .....	46
d) Abs. 2: Verstöße gegen nationale Entscheidungs- und Genehmigungsvor- behalte .....	46
e) Abs. 3: Verstöße gegen die Kimberley-Verordnung .....	48
f) Abs. 4, Abs. 5a: Verstöße gegen die Anti-Folter-Verordnung .....	48
g) Abs. 5: Verstöße gegen die Dual-Use-Verordnung .....	49
6. Zusammenfassung und Bedeutung für den weiteren Verlauf der Untersuchung .....	50
V. Parallelen zum KrWaffG .....	51

*Kapitel 2*

<b>Das Blankettstrafgesetz</b>	<b>53</b>
A. Der Begriff des Blankettstrafgesetzes	53
I. Historie und Grund der Existenz von Blankettstrafgesetzen im Wirtschaftsstrafrecht	55
1. Entstehung	55
2. Zweck von Blankettstrafgesetzen	57
a) Gesetzestechnische Vereinfachung	58
b) Wirtschaftsstrafrecht als „Strafrecht für Not- und Krisenzeiten“	59
3. Heutige Bedeutung und Kritik	59
II. Verweisungstypen im Außenwirtschaftsstrafrecht	61
III. Terminologie im Zusammenhang mit Blankettstrafgesetzen	62
1. Echte vs. unechte Blankettstrafgesetze	64
2. Außenverweisung vs. Binnenverweisung	66
3. Statische vs. dynamische Blankettverweisungen	67
4. Voll ergänzungsbedürftige vs. teilweise ergänzungsbedürftige Blankettstrafgesetze	69
5. Ausdrückliche vs. konkludente Blankette	71
6. Qualifizierte Blankettnormen	73
7. Zusammenfassung und Fazit	74
IV. Der Blankettcharakter der Strafvorschriften des AWG	74
B. Die Einordnung von Blankettmerkmalen in den strafrechtlichen Tatbestand	76
I. Begriff und Funktion des Tatbestands im Strafrecht	76
1. Unterschiedliche Begrifflichkeiten	76
2. Der gesetzliche Tatbestand als Beschreibung von Rechtsguts- und Pflichtverletzung	79
II. Arten von Tatbestandsmerkmalen	81
1. Deskriptive und normative Tatbestandsmerkmale	81
a) Deskriptive Tatbestandsmerkmale	81
b) Normative Tatbestandsmerkmale	82
2. Berechtigung der Unterscheidung zwischen deskriptiven und normativen Tatbestandsmerkmalen	83
a) Befürwortung der Abgrenzung deskriptiver von normativen Tatbestandsmerkmalen	84
b) Ablehnung der Unterscheidung deskriptiver von normativen Tatbestandsmerkmalen	86
c) Zwischenfazit	88
3. Gesamttatbewertende Merkmale	89
4. Blankettmerkmale	90

III. Die Durchführung der Abgrenzung von Blankettmerkmalen und normativen Tatbestandsmerkmalen und deren Problematik .....	90
1. Relevanz der Unterscheidung insbesondere für Vorsatz und Irrtum .....	91
2. Formelle Abgrenzungskriterien .....	92
a) Instanzverschiedenheit bei der Rechtsetzung .....	92
b) Verweisung ausdrücklich vs. konkludent .....	93
3. Materielle Abgrenzungskriterien .....	94
a) Ausfüllungsbedürftigkeit vs. Auslegungsbedürftigkeit .....	94
b) Konstitutive Begründung der Strafbarkeit durch Ausfüllungsnorm vs. beschreibende Natur der in Bezug genommenen Rechtsquellen .....	95
c) Weitere Lösungsansätze .....	97
4. Zweifel an der Berechtigung der Abgrenzung nach Teilen des Schrifttums .....	99
5. Stellungnahme .....	99
6. Konkrete Anwendung auf das Außenwirtschaftsstrafrecht .....	100
C. Zusammenfassung .....	102

### *Kapitel 3*

#### **Die Einordnung der behördlichen Genehmigung in den strafrechtlichen Deliktsaufbau**

103

A. Bedeutung der behördlichen Genehmigung im Hinblick auf die Verwaltungsakzessorietät des Außenwirtschaftsrechts .....	103
B. Gründe für Verstöße gegen Genehmigungsvorbehalte .....	104
C. Die Stellung der behördlichen Genehmigung im Deliktsaufbau .....	104
I. Genehmigung als negatives Tatbestandsmerkmal oder Rechtfertigungsgrund ..	104
II. Relevanz der Einordnung insbesondere für Vorsatz und Irrtum .....	105
1. Verhältnis von Tatbestand und Rechtswidrigkeit .....	106
2. Abgrenzungskriterien bei genehmigungsabhängigen Straftatbeständen .....	107
a) Unterscheidung zwischen negativem Tatbestandsmerkmal und Rechtfertigungsgrund .....	107
aa) Abgrenzung auf der Grundlage verwaltungsrechtlicher Kriterien nach der h. M. ....	107
(1) Präventive vs. repressive Verbote .....	107
(2) Einordnung bei den genehmigungsabhängigen Normen im Außenwirtschaftsstrafrecht .....	109
(3) Einordnung bei den genehmigungsabhängigen Normen des § 22a KrWaffG .....	111
(4) Abgrenzungsprobleme .....	112
(5) Weitere Abgrenzungshilfen von Teilen der Literatur .....	112
bb) Strafrechtsspezifische Betrachtungsweise .....	115
cc) Wortlautauslegung des Straftatbestands .....	117

dd) Sinn und Zweck der Genehmigung .....	117
b) Vorgebrachte Kritik: Keine Unterscheidung nötig und möglich .....	119
aa) Generelle Einordnung als negatives Tatbestandsmerkmal .....	122
bb) Generelle Einordnung als Rechtfertigungsgrund .....	125
cc) Generelle Einordnung als objektive Straflosigkeitsbedingung .....	126
III. Eigene Auffassung .....	128
D. Tatbestandsausschließende Genehmigung: negatives normatives Tatbestandsmerkmal oder Blankettmerkmal? .....	131
I. Einordnung im Schrifttum .....	131
II. Relevanz der Einordnung .....	133
III. Erarbeitung der eigenen Auffassung .....	134
E. Fazit .....	138

#### *Kapitel 4*

<b>Die allgemeine strafrechtliche Irrtumslehre</b>	139
A. Bestimmung des Untersuchungsrahmens .....	139
B. Irrtumslehre als Kehrseite der Lehre von Vorsatz und Schuld .....	140
C. Historischer Kontext der Irrtumslehre .....	140
I. Rechtsprechung des Reichsgerichts .....	141
1. Tatumstund und strafrechtlicher bzw. außerstrafrechtlicher Rechtsirrtum .....	142
2. Irrtum über Blankettnormen grundsätzlich als außerstrafrechtlicher Irrtum .....	144
3. Kritik: willkürliche Abgrenzung und Verstoß gegen Schuldprinzip .....	146
II. Schrifttum: Vorsatztheorie vs. Schuldtheorie .....	150
1. Vorsatztheorie .....	150
2. Schuldtheorie .....	152
III. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs .....	154
1. Aufgabe der reichsgerichtlichen Irrtumsrechtsprechung in BGHSt 2, 194 ...	154
a) Kernaussagen der Entscheidung .....	154
b) Bewertung der Entscheidung .....	156
2. Historische Entscheidungen des BGH zu Blankettstrafgesetzen .....	157
D. Geltende Gesetzeslage zum Irrtum .....	158
I. Hintergrund .....	158
1. Entscheidung des Gesetzgebers für die Schuldtheorie .....	158
2. Privilegierte Behandlung des im Tatumstundirrtum befindlichen Täters gegenüber dem im Verbotsirrtum befindlichen Täter .....	158
II. Irrtum über Tatumstände, § 16 StGB .....	160
1. Bezeichnung .....	160
2. Umstand des gesetzlichen Tatbestandes .....	161
3. Kenntnis und Unkenntnis .....	162

4. Rechtsfolgen .....	163
III. Verbotsirrtum, § 17 StGB .....	163
1. Gegenstand des Unrechtsbewusstseins .....	164
2. Einsicht .....	165
3. Vermeidbarkeit .....	166
4. Rechtsfolgen .....	167
IV. Zusammenfassung .....	168
E. Weitere durch Rechtsprechung und Wissenschaft anerkannte Irrtumsarten .....	168
I. Umgekehrte Irrtümer .....	168
II. Erlaubnistatumstandsirrtum .....	171
F. Problematik der strafrechtlichen Irrtumslehre .....	174
G. Behandlung des Irrtums bei deskriptiven und normativen Tatbestandsmerkmalen .....	176
I. Bedeutung der Unterscheidung von deskriptiven und normativen Tatbestandsmerkmalen für Vorsatz und Irrtum .....	176
II. Der Vorsatz bei deskriptiven Tatbestandsmerkmalen .....	176
III. Der Vorsatz bei normativen Tatbestandsmerkmalen .....	177
1. Herrschende Auffassung: Parallelwertung in der Laiensphäre .....	177
2. Umgekehrter Irrtum .....	179
3. An der herrschenden Auffassung geübte Kritik .....	181
a) Undurchführbarkeit der Abgrenzung von deskriptiven und normativen Tatbestandsmerkmalen .....	181
b) Vagheit des Konstrukts „Parallelwertung in der Laiensphäre“ .....	181
c) Unlogische Abgrenzung von untauglichem Versuch und Wahndelikt ....	184
H. Behandlung des Irrtums bei Blanketttatbeständen .....	186
I. Irrtum über die Voraussetzungen der Ausfüllungsnorm .....	186
II. Irrtum über die Existenz der Ausfüllungsnorm .....	187
1. Kontroverse zwischen Lange und Welzel .....	187
2. Herrschende Auffassung: Irrtum über Existenz der Ausfüllungsnorm als Verbotsirrtum .....	189
a) Zusammenlesen von Blankettnorm und Ausfüllungsnorm .....	189
b) Konsequenz Verbotsirrtum .....	190
c) Umgekehrter Irrtum .....	191
I. Kritik an der Irrtumslehre der h.M. bei Blanketttatbeständen .....	191
I. Alternative Modelle zur Irrtumslehre im Schrifttum .....	191
1. Erste alternative Auffassung: Gleichbehandlung von normativen Merkmalen und Blankettmerkmalen bei Irrtumskonstellationen .....	192
a) Kenntnis der Existenz der Ausfüllungsnorm .....	192
b) Bedeutungskennntnis .....	196
c) Weitere Konzepte .....	199
aa) Doppelter Vorsatzbezug nach Kuhli .....	199

bb) Abgrenzung von präzisen bzw. unpräzisen Blankettvorschriften nach Lauer .....	200
cc) Restriktive Anwendung der Schuldtheorie nach Walter .....	201
2. Zweite alternative Auffassung: Rechtliche Wertungen nicht Teil des Vorsatzes	202
II. Kritik an der Irrtumslehre der h. M. in Bezug auf Blankettnormen im Detail . . .	207
1. Kritik an der Durchführung des Zusammenlesens .....	207
a) Semantische Bedenken: Veränderung von Wortlaut und Sinn .....	207
b) Verfassungsrechtliche Bedenken: Eingriff in die Gesetzgebungskompetenz und Verstoß gegen die Garantiefunktion des Tatbestands .....	209
2. Ausnahmen in Rechtsprechung und Schrifttum .....	211
a) Konkrete Einzelanordnung .....	211
b) Ausnahmsweise positive Verbotskenntnis erforderlich .....	216
c) Steueranspruchstheorie .....	217
3. Parallele Struktur von normativen Tatbestandsmerkmalen und Blankettmerkmalen .....	218
4. Keine stringente Anwendung der Schuldtheorie .....	220
5. Keine Unrechtsvertypung des Tatbestands; Verstoß gegen den Schuldgrundsatz .....	220
a) Argumente gegen die h. M. und deren Validität im Hinblick auf die Blankettnormen des Nebenstrafrechts allgemein .....	220
b) Argumente gegen die h. M. und deren Validität im Hinblick auf die Blankettnormen des Außenwirtschaftsstrafrechts .....	226
c) Problematik der Abgrenzung zu § 17 StGB .....	228
III. Fazit .....	230
J. Behandlung des Irrtums bei Genehmigungspflichten .....	230
I. Irrige Annahme des Vorliegens einer wirksamen Genehmigung .....	231
II. Irrtum über das Genehmigungserfordernis .....	232
1. Herrschende Auffassung: Differenzierung .....	233
2. Kritik im Schrifttum an h. M. ....	234
a) Differenzierung praktisch unmöglich .....	234
b) Keine konsequente Anwendung der Schuldtheorie .....	235
c) Keine konsequente Durchführung der Unterscheidung .....	235
3. Alternative Modelle zur Handhabung im Schrifttum .....	236
a) Irrtum über Genehmigungspflicht stets Tatumstandsirrtum .....	236
b) Irrtum über Genehmigungspflicht stets Verbotsirrtum .....	238
4. Stellungnahme .....	239
a) Einhaltung der Schuldtheorie .....	239
b) Einwände .....	241
c) Fazit .....	243
K. Eigene Irrtumslehre .....	244

*Kapitel 5*

<b>Irrtümer im Außenwirtschaftsstrafrecht</b>	<b>251</b>
A. Einführung	251
B. Irrtümer im Rahmen des Strafanwendungsrechts	252
I. Aktives Personalitätsprinzip des Außenwirtschaftsstrafrechts	252
II. Stellung des Strafanwendungsrechts im Deliktsaufbau	252
III. Anwendung auf das Außenwirtschaftsstrafrecht	253
1. Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen der §§ 3–7 StGB (Tatort)	253
2. Irrtum über Reichweite des deutschen Strafrechts	254
C. Irrtümer über die Tauglichkeit als Tatsubjekt	255
D. Irrtümer im Zusammenhang mit dem Tatobjekt	264
I. Irrtum über die tatsächliche Beschaffenheit des Gegenstands	264
II. Irrtum über die rechtliche Einordnung des Gegenstands	265
1. §§ 17, 18 AWG	266
2. § 22a KrWaffG	268
III. Weitere Irrtümer in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht	272
1. Irrtum über Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit	272
2. Irrtum über das Merkmal „besonders konstruiert oder geändert für militärische Zwecke“	275
3. Irrtum im Zusammenhang mit der Bausatztheorie	277
4. Irrtum im Zusammenhang mit Catch-All-Klauseln	279
5. Umgekehrte Irrtümer	280
E. Irrtümer im Zusammenhang mit den Tathandlungen	281
I. Irrtümer im Zusammenhang mit der Tathandlung allgemein	282
II. Irrtümer bezogen auf die Existenz der Ausfüllungsnorm	283
1. Irrtum über die Existenz der Verbotsnorm, z. B. eines Embargobeschlusses, der Kimberley-VO, der Anti-Folter-VO, der Dual-Use-VO	283
2. Irrtum über die Reichweite der blankettausfüllenden Verbotsnorm	285
3. Irrtum über die Listung von Personen, Organisationen etc.	287
4. Umgekehrte Irrtümer	291
III. Irrtümer im Zusammenhang mit Verwaltungsakten	292
1. Unkenntnis der Allgemeinverfügung	292
2. Unkenntnis der Vollziehbarkeit der Allgemeinverfügung	293
IV. Irrtümer im Zusammenhang mit Genehmigungen	294
1. Irrtum über das Vorliegen bzw. Nichtvorliegen der notwendigen Genehmigung	295
a) Irrtum im tatsächlichen Bereich	295
b) Irrtum im rechtlichen Bereich	296
c) Umgekehrter Irrtum	297
2. Irrtum über das Genehmigungserfordernis	298

3. Irrtum im Zusammenhang mit einer rechtsmissbräuchlich erwirkten Genehmigung .....	301
V. Doppelirrtümer .....	304
F. Irrtümer über Qualifikationsmerkmale und Regelbeispiele .....	306
I. Irrtum im Zusammenhang mit dem Handeln für einen Geheimdienst einer fremden Macht .....	307
II. Irrtum über die gewerbsmäßige Begehung .....	311
III. Irrtum über die bandenmäßige Begehung .....	313
IV. Irrtum über Handlungen bezogen auf Trägertechnologien .....	315
G. Irrtümer im Bereich der Tatbeteiligung .....	315
<b>Resümee und Ausblick .....</b>	<b>321</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>328</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>344</b>